

- Vollzug des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) –

Allgemeinverfügung

zur Anordnung von Schutzmaßnahmen durch das Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Schwerin gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 2, 25 i.V.m. §§ 29, 30 Infektionsschutzgesetz

- „Chirurgische Praxis im Ärztehaus Weststadt, Johannes-Brahms-Straße 59, 19059 Schwerin“ –

vom 30.04.21

I. Adressaten dieser Allgemeinverfügung sind

1. Alle Patienten und Patientinnen der Chirurgischen Praxis im Ärztehaus Weststadt, Johannes-Brahms-Straße 59 in 19059 Schwerin, welche sich in dem Zeitraum vom 21.04.2021 bis 28.04.2021 in den Praxisräumen länger als 10 min aufgehalten haben.
2. Sonstige Personen, die sich in dem Zeitraum vom 21.04.2021 bis 28.04.2021 in den Praxisräumen der v.g. Praxis länger als 10 min aufgehalten haben.
3. Ausgenommen sind alle der unter Ziff. I. 1 und 2. genannten Personen, die positiv auf SARS-CoV-2 getestet wurden. Gegenüber letztgenannten Personen erfolgt eine separate Anordnung der Maßnahmen.

II. Anordnungen

1. Die unter I.1. und I.2. genannten Personen sind direkte Kontaktpersonen bzw. Ansteckungsverdächtige zu einer mit Coronavirus SARS-CoV-2 infizierten bzw. an COVID-19 erkrankten Beschäftigten der o.g. Praxis.
2. Gegenüber den unter I.1. und I.2. genannten Personen wird, unabhängig vom Vorliegen von Symptomen und bis zum Ende der voraussichtlichen Inkubationszeit von 14 Tagen (Zeit in welcher bei den Kontaktpersonen die Erkrankung noch auftreten kann), eine Absonderung in der Häuslichkeit (häuslichen Quarantäne) angeordnet.

Dieses betrifft zunächst den Zeitraum bis einschließlich 12.05.2021 24:00 Uhr.

- Direkte Kontakte innerhalb der Familie und im Freundeskreis (häusliche Quarantäne/ Absonderung) haben in dieser Zeit, soweit möglich, zu unterbleiben
3. Ist eine ärztliche Behandlung erforderlich, haben die unter I. genannten Personen, den Hausarzt oder den Bereitschaftsdienst (Rufnummer 116117) telefonisch zu kontaktieren. Bei schwerer Symptomatik ist die Rettungsleitstelle bezüglich der Notwendigkeit des Notarzteinsatzes (112) oder telefonisch die Notaufnahme des Krankenhauses zu benachrichtigen.
 4. Sollten die unter Punkt 1 bis 5 genannten Regelungen nicht anordnungsgemäß ausgeführt werden, wird hiermit die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe von 500 € bis 2.000 € angedroht.
 5. Sofern Krankheitssymptome auftreten (z. B. Hals-, Kopf-, Gliederschmerzen, Fieber, Husten und/oder Verlust von Geschmacks-/Geruchssinn), ist unverzüglich das Bürgertelefon unter der Rufnummer 0385/ 545-3333 zu informieren.
 6. Bereits telefonisch angeordnete Absonderungen in der Häuslichkeit gegenüber den Personen unter I.1. und I.2 werden nach § 49 Abs. 2 Nr. 5 VwVfG M-V widerrufen. Die Anordnungen unter 1. bis 7. sind anzuwenden.

Hinweis: Sollten Sie zu dem unter Ziffer I.1 und I.2. angesprochenen Adressatenkreis zählen, wenden Sie sich bitte ab Montag, den 03.05.21, 9.00 Uhr per Telefon unter 0385 545-3333 oder bevorzugt per E-Mail an das Gesundheitsamt unter gesundheitsamt@schwerin.de und teilen Sie bitte unter Verweis auf diese Allgemeinverfügung folgende Daten mit: Namen, Anschrift, Telefonnummer und Tag des Aufenthaltes in den Praxisräumen. Aufgrund des diffusen Infektionsgeschehen soll der Geltungszeitraum der Anordnungen nach Ermittlung Ihres tatsächlichen Kontaktes zu der mit Coronavirus SARS-CoV-2 infizierten bzw. an COVID-19 erkrankten Beschäftigten der o.g. Praxis nochmals geprüft und ggf. angepasst werden. In diesem Zusammenhang wird Ihnen der Termin für eine PCR-Testung mitgeteilt.

III. Vollziehbarkeit

Die Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar, § 28 Abs. 3 i. V. m. § 16 Abs. 8 IfSG. Widerspruch und Anfechtungsklage haben somit keine aufschiebende Wirkung. Diese

Anordnungen müssen auch dann befolgt werden, wenn sie mit einem Rechtsmittel angefochten werden.

Zur Begründung wird auf untenstehende Ausführungen verwiesen. Die sofortige Vollziehung ist insbesondere auf Grund der schnellen Verbreitung und der hohen Virulenz des COVID19-Erregers erforderlich. Maßnahmen des Infektionsschutzes müssen sofort umgesetzt werden, eine Verzögerung der Umsetzung angeordneter Maßnahmen kann die Gesundheit und das Leben von Menschen erheblichen Gefahren aussetzen.

IV. Bekanntgabe und Geltungsdauer

Diese Allgemeinverfügung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft und ist bis **einschließlich zum 12.05.2021 befristet**.

Begründung:

Die vorliegende Anordnung verfolgt das Ziel, durch vollständige Isolation aller betroffenen Personen das lokale Infektionsgeschehen möglichst vollständig zum Erliegen zu bringen.

1. Sachverhalt:

Zusammengefasst liegt der Entscheidung folgender Sachverhalt zugrunde:

Am 30.04.21 wurde bei einer Beschäftigten der oben genannten Praxis ein positiver Nachweis an SARS-CoV-2 erbracht, welche in ihrer ansteckungsfähigen Zeit noch vom 21.04.21 bis 28.04.2021 in den Praxisräumen, insbesondere am Empfang und im Wartebereich der Praxis Kontakt zu den Patientinnen und Patienten und sonstigen Personen hatte, so dass sich das Infektionsgeschehen und der Personenkreis der Ansteckungsverdächtigen im Hinblick auf die Unterbrechung von Infektionsketten nicht eindeutig nachvollziehen lässt und als diffus einzuschätzen ist. Die Allgemeinverfügung ist in der vorliegenden Form angezeigt, da aufgrund der Gefahrenlage nicht bis zum Abschluss der Ermittlungen sämtlicher engen Kontaktpersonen zugewartet werden kann. Die Adressaten sind daher ausdrücklich aufgerufen, sich bei dem Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Schwerin zu melden, um eine Überprüfung ihres Einzelfalles zu veranlassen.

2. Rechtliche Würdigung

Gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist. Aufgrund der Kontakte zu den mit SARS-CoV-2 infizierten Personen sind die unter I.1. und 2. genannten Personen als ansteckungsverdächtig anzusehen. Ansteckungsverdächtig ist gemäß § 2 Nr. 7 IfSG eine Person, von der anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen hat, auch ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein. Die Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn die betroffene Person mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person hatte. Für die Anforderungen an die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckungsgefahr gilt dabei kein strikter, alle möglichen Fälle gleichermaßen erfassender Maßstab. Vielmehr ist der im Weiteren geltende Grundsatz heranzuziehen, dass an die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts umso geringere Anforderungen zu stellen sind, je größer und folgenschwerer der möglicherweise eintretende Schaden ist (vgl. Bundesverwaltungsgericht, Urteil v. 22.03.2012, Az. 3 C 16/ 11).

Aufgrund der besonderen Gefahr, die von dem neuartigen Erreger aufgrund seiner recht hohen Übertragbarkeit und den häufig schweren bis hin zu tödlichen Krankheitsverläufen für die öffentliche Gesundheit in Deutschland und weltweit ausgeht, sind an die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung eher geringe Anforderungen zu stellen, so dass hier das Übertragungsrisiko aufgrund der Nähe zu der infizierten Person ausreicht. Ist danach eine Infektion der Kontaktpersonen anzunehmen, so stellt die Absonderung ein Mittel zur Verhinderung der weiteren Verbreitung der Krankheit dar, dessen Eignung durch frühere Erfahrungen gut belegt ist. Ein für den Betroffenen weniger einschneidendes, gleich geeignetes Mittel ist nicht ersichtlich.

Die Dauer der Absonderung ergibt sich aus der maximalen Inkubationszeit zwischen einer möglichen Ansteckung und dem ersten Auftauchen von Krankheitssymptomen unter Berücksichtigung des letzten Kontakts.

Die sich aus der Absonderung ergebenden Einschränkungen stehen nicht außer Verhältnis zu dem übergeordneten Ziel, eine Weiterverbreitung dieses Krankheitserregers in der Bevölkerung zu verhindern oder zumindest zu verzögern, um das Gesundheitswesen nicht zu

überlasten und die erforderlichen Kapazitäten für die Behandlung der an COVID-19 Erkrankten, aber auch sonstiger Krankheitsfälle bereit zu halten. Auch im Schweriner Stadtgebiet ist das Infektionsgeschehen innerhalb kürzester Zeit stark gestiegen und trotz des bestehenden Lockdowns zuletzt nicht signifikant gesunken. Die Inzidenz mit derzeit 132,8 in Schwerin (Stand 30.04.21 16.24 Uhr Quelle: <https://www.lagus.mv-regierung.de/Gesundheit/InfektionsschutzPraevention/Daten-Corona-Pandemie/>) und die dynamische Entwicklung insb. lässt ohne Anordnung der Regelungen eine unkontrollierte Ausbreitung des Virusgeschehens und eine Überlastung des Gesundheitssystems befürchten. Zudem ist die Dynamik der Verbreitung einiger neuer Varianten (B.1.1.7 und B.1.351 und P.1) in einigen Staaten besorgniserregend. Auch in Deutschland sind seit Dezember 2020 Infektionen mit diesen Varianten bekannt geworden. Am 17.2.2021 hat das RKI einen Bericht zu den besorgniserregenden Varianten in Deutschland, insbesondere B.1.1.7, veröffentlicht, wonach diese Variante noch leichter von Mensch zu Mensch übertragbar ist, als bisher zirkulierende Varianten und eine höhere Reproduktionszahl aufweist, so dass ihre Ausbreitung noch schwerer einzudämmen ist (vgl. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Virusvariante.html).

Die Einschränkungen sind zudem erforderlich, um nach dem Stand der medizinischen Erkenntnisse besonders vulnerable Personengruppen vor einer Ansteckung mit SARS-CoV-2 zu schützen. Wegen der dynamischen Ausbreitung, die sich in den letzten Wochen und Tagen gezeigt hat, sind bei der Entscheidung die epidemiologischen Erkenntnisse zu berücksichtigen, dass bei Sozialkontakten die latente und erhöhte Gefahr einer Ansteckung besteht.

Die vorgenannten Beschränkungen tragen dem Schutz der Bevölkerung Rechnung, da sie eine Ansteckung einer größeren Anzahl von Menschen verhindern oder verzögern können.

Zur Vermeidung der unkontrollierbaren Weiterverbreitung des SARS-CoV-2 Virus sind die angeordneten Quarantänemaßnahmen nicht zu vermeiden. Andere mildere, gleich wirksame Schutzmaßnahmen sind angesichts der Gefahrenlage nicht vertretbar. Insbesondere die rapide exponentielle Zunahme von Infektionen innerhalb kürzester Zeit hat zur Folge, dass eine singuläre Aufklärung aller weiteren ansteckungsverdächtigen Personen nicht abgewartet werden kann. Ansteckungen in anderen Gruppen der Einrichtung können nicht ausgeschlossen werden. Mit der Anordnung der häuslichen Quarantäne/ Absonderung wird den Belangen der betroffenen Personen so weit wie möglich Rechnung getragen.

Rechtsgrundlage für die Beobachtung und Kontaktaufnahme ist § 29 IfSG. Die angeordneten Maßnahmen sind notwendig, um festzustellen, ob sich das Ansteckungsrisiko realisiert hat und damit tatsächlich das Risiko einer Weiterverbreitung des Erregers in der Bevölkerung besteht, um ggf. weitergehende Schutzmaßnahmen zu treffen.

Rechtsgrundlage für die Anordnung des PCR-Testes ist § 25 IfSG. Danach kann das Gesundheitsamt Untersuchungen und Entnahmen von Untersuchungsmaterial anordnen. In diesem Zusammenhang sind Abstriche von Haut und Schleimhäuten ausdrücklich benannt. Nach § 25 Abs. 5 IfSG werden die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit und der Freiheit der Person insoweit eingeschränkt. Bei der Testung handelt es sich um eine notwendige Maßnahme, um zu gewährleisten, dass mögliche Infektionsketten schnell nachverfolgt und unterbrochen werden können, um eine weitere Ausbreitung des Virus nach außen zu kontrollieren. Das Testen asymptomatischer Kontaktpersonen ist auch vom RKI als wichtiger Baustein im Rahmen der Bewältigung der Pandemie benannt. Der Eingriff ist zwar unangenehm, aber nicht gravierend und auch nicht gesundheitsgefährdend, so dass das Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit nach Art. 2 Abs. 1 GG im Verhältnis zu dem mit der Maßnahme verfolgten legitimen Ziel eines effektiven Infektionsschutzes als gering zu bewerten ist und gegenüber dem öffentlichen Interesse am Gesundheitsschutz der Bevölkerung und dem Schutz des Gesundheitssystems vor Überlastung zurücktreten muss. Nach den Vorgaben des RKI ist nicht auszuschließen, dass noch am 14. Tag nach dem Kontakt mit der Referenzperson eine Symptomatik auftreten könnte.

Rechtsgrundlage für das Zwangsmittel sind die §§ 79, 80 Abs. 1 Nr. 2, 86 Abs. 1 Nr. 1, 88 Abs. 1 Nr. 1 M-V in Verbindung mit § 110 des Verwaltungsverfahrens-, Zustellungs- und Vollstreckungsgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Nach Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens ist das Zwangsgeld das geeignete, erforderliche und auch angemessene Zwangsmittel, da zu gewährleisten ist, dass Sie die angeordneten Maßnahmen ausführen.

Der Widerruf der bereits angeordneten Absonderungen ist erforderlich, um einen Gleichlauf aller häuslichen Absonderungen zu erreichen. Würden einzelne Personen vorzeitig aus der Absonderung entlassen werden, könnte das die gesellschaftliche Akzeptanz der gesamten Maßnahmen beeinträchtigen und damit die Effektivität des vorgehend angeordneten untergraben.

Ein milderes Mittel zur Erreichung des vorgenannten Zieles ist nicht erkennbar. Ersatzvornahme oder unmittelbarer Zwang sind unzweckmäßig und würden nicht zum Erfolg führen. Die Zwangsmittel der Ersatzvornahme oder des unmittelbaren Zwanges sind in ihrer Eingriffsintensität intensiver, sodass lediglich das Zwangsgeld erforderlich und zugleich angemessen ist. Die Angemessenheit ergibt sich daraus, dass der Zweck der Vornahme der erstrebten Handlungen, durch das Mittel, die Androhung des Zwangsgeldes, am effektivsten erreicht werden kann. Die Höhe des Zwangsgeldes ist ebenfalls angemessen. In Anbetracht des erstrebten Ziels des Bevölkerungsschutzes und des dazu gewählten Mittels, nämlich der Duldung der Beschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit für einen befristeten Zeitraum ist das Zwangsgeld in der angedrohten Höhe erforderlich. Das erstrebte Ziel in Rechnung stellend, ist davon auszugehen, dass durch die Höhe des Zwangsgeldes eine ausreichend starke Motivation hergestellt werden kann, die geforderten Maßnahmen umzusetzen. Das Zwangsgeld ist dabei so bemessen, dass die Lebensführung nur in einer den Zweck fördernden Weise eingeschränkt wird.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach der öffentlichen Bekanntgabe Widerspruch beim Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin erhoben werden. Ein Widerspruch hat wegen der Anordnung der sofortigen Vollziehung jedoch keine aufschiebende Wirkung.

Nach § 56 Infektionsschutzgesetz können Personen, die einem persönlichen amtlichen Tätigkeitsverbot oder einer Quarantäneanordnung unterliegen und dadurch einen Verdienstaufschlag erleiden, eine Entschädigung erhalten. Diese beträgt in den ersten sechs Wochen 100 Prozent des Netto-Verdienstaufschlags. Der Arbeitgeber zahlt den Lohn in dieser Zeit fort. Den Arbeitgebern werden die ausgezahlten Beträge gemäß § 56 Abs. 5 Satz 2 Infektionsschutzgesetz auf Antrag vom LAGuS erstattet. Auch Selbstständige haben einen Anspruch auf Entschädigung. Alle wichtigen Informationen sowie die Antragsformulare sind zu finden auf: <https://ifsg-online.de> Die Anträge können und sollten online gestellt werden. Auf der Internetseite des LAGuS finden Sie zudem das aktuelle Merkblatt und die Kontaktdaten des zuständigen Versorgungsamtes, das bei der Online-Antragstellung auch behilflich ist: https://www.lagus.mv-regierung.de/Soziales/Soziales_Entschaedigungsrecht/Infektionsschutzgesetz/.



Schwerin, den

30.04.2021

Datum der Ausfertigung

Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Schwerin

A handwritten signature in blue ink, consisting of several overlapping loops and a long horizontal stroke extending to the right. The signature is positioned above a horizontal line.

i.V. Andreas Ruhl

Im Internet unter www.schwerin.de/bekanntmachungen am 01.05.2021 veröffentlicht.